

**Bezugspreise:**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post monatlich  
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,  
einschl. Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlich, Zeitungsgewerbe unter  
Einschl. Zeitung eingetragene. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. Halle, Zeitung ge-  
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Red. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Red. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 3 Spalten 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Restamen  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle in familiäre  
Anzeigengebühren. Erfüllungsort:  
Halle. Erhebt sich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-  
nstraße 12. Geschäftsstelle: 37.  
Hafen-Geäftsstellen: Große  
Ulrichstraße 52 und Markt 24.  
Verlags-Red. Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 401.

Halle, Sonntag, den 28. August 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Die Herrschaft des Schlagwortes.

Unter dem Druck der uns auferlegten wirtschaftlichen Verpflichtungen des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatus vollzieht sich eine Umwälzung unserer innerpolitischen Atmosphäre, die uns bereits in kürzester Frist erneut zu gefährlichen Krisen führen kann. Wenn man aller Erfüllungspolitik den Gedanken voranstellt, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes zu höchster Leistung angefordert und zusammengefaßt werden müssen, so dürfen die Parteien, die zur Erhaltung der Einheit und zur Sicherung der Zukunft der demokratischen Republik bei der Annahme des Ultimatus in der Regierung Witz sich zusammengefunden haben, jetzt nicht durch Herbeiführung innerpolitischer Krisen die erstrebte Leistungssteigerung unmöglich machen.

Alle wirtschaftspolitische Arbeit der Parteien, die sich die Sicherung und Durchsetzung der Weimarer Verfassung zur Aufgabe gemacht haben, hat die privatwirtschaftlichen Grundlagen der Verfassung zu adten. Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß es in der jetzigen Notlage des Vaterlandes nicht angeht, daß es in der Verfassungsparteien auf dem Wege über die Steuerpolitik den dogmatischen Zeitfesseln einer vergangenen Periode, deren Lebensunfähigkeit die letzten Jahre klar bewiesen haben, zur Durchsetzung verfallen will, daß sie auf diesem Wege eine der Verfassung widersprechende Umgestaltung der privatwirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft durchzuführen beabsichtigt.

Die Steigerung unserer wirtschaftlichen Notlage hat in erschreckendem Umfange die egoistischen Klasseninteressen feilgebt. Der neue Programmwort der Weimarer Verfassung ist in der nunmehr dem Götter Reich Parteiung zugehenden Form erhöht in seinem Anhang jetzt wieder den demokratischen Staatsauffassung widersprechenden Satz: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse. Immer deutlicher wird erkennbar, daß bei den Weimarer Verfassungsparteien und bei den freien Gewerkschaften die realpolitische Erkenntnis des Möglichen dem propagandistischen Schlagwort geopfert wird.“

Diesem grundsätzliche Gegnerhaft gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung unseres demokratischen Staatswesens betonenden Leitatz entspricht die Stellungnahme dieses Programms zu den finanzpolitischen Fragen, die im Hinblick auf die großen gegenwärtigen Aufgaben der Wirtschaft und Steuerpolitik von besonderer Bedeutung ist. Hier heißt es: „Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Besteuerung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile; Aufhebung der Steuer auf die Wertveränderung des wachsenden Kapitals.“ Im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Unabhängigen Sozialisten, die in diesen Tagen einen scharfen Kampfaufzug mit der Forderung der Erhaltung der sogenannten Goldwerte erlassen haben, erkennt man hier eine von parteipolitischen und parteigegensätzlichen Überlegungen stark beeinflusste Überlegung, die es sich zum Ziel setzt, selbst unter Opferung demokratischer und verfassungsmäßiger Grundsätze den Weg für die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zu ebnen. Man mag zu den Problemen der sozialistischen Parteierpaltung stehen, wie man will, die jegliche Entwidlung läßt klar erkennen, daß die etwaige Wiedervereinigung nicht erfolgen wird durch Durchsetzung der realpolitischen Leitätze, welche die Faltung der Weimarer in den letzten Jahren beobachtet, sondern erfolgen wird auf der Grundlage des dogmatischen Schlagwortes, von dem sich die Unabhängigen Sozialdemokraten niemals gelöst haben.

Es bedeutet eine leistungsfähige Verkennung der Grundlagen aller wirtschaftlichen Arbeit, wenn man glaubt, im Interesse der Arbeitnehmenden zu einer Überwindung des Systems der Besitzsteuer greifen zu sollen. Man überseht dabei völlig, daß man mit großen Steuern viel weniger die Person des Besitzers, als das wertvolle Produktions- element, das Kapital trifft. In einer privatwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft bedeutet aber die Schwächung eines so bedeutungsvollen Produktionselementes die Schwächen aller volkswirtschaftlichen Kraftauswirkungen; die verringerte Leistungsmöglichkeit trifft in erster Linie die Volksgesamtheit, trifft doppelt schwer die Arbeitnehmenden durch ihre Folgen: Preissteigerung und Arbeitslosigkeit. Die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sind nicht so einfach und durchsichtig, daß man ihnen etwa mit platten Schlagworten begegnen könnte. Für die kommenden Monate liegt gerade darin die ungeheure Schwierigkeit der politischen Situation, daß das Schlagwort in den öffentlichen Auseinandersetzungen der Vernunft den Weg abschließen will. Eine klare und nüchterne Betrachtung der zu lösenden Probleme muß sich durchsetzen, wenn die kommenden Arbeiter nicht von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein sollen. Solche klare und nüchterne Betrachtung wird aber alle die, denen die Überwindung der sozialen Kräfte und die Sicherung des demokratischen Staates oberstes politisches Gebot ist, zu ihrer Überzeugung führen, daß man die Grenze der Besteuerung da ziehen muß, wo ihre Durchführung zu volkswirtschaftlicher Schwächung führt. Eine solche Stellungnahme heißt nicht: Schutz dem Bestehenden, Behütung der Steuerhöhen; sondern: Sicherung der Grundlagen für die Wiederherstellung allgemeiner wirtschaftlicher Wohlfahrt, Sicherung des Seins der demokratischen Republik.

## Zur Ermordung Erzbergers.

Der Berliner Polizeipräsident hat Antrag erhalten, mit allen Umständen die Ermittlung ausgereifter Beamte nach Grisebach zu unterstützen.

Die Leiche Erzbergers wird nach Berlin übergeführt, wo am Mittwoch in Wilmsdorf die Bestattung erfolgen wird. Wie verlautet, sind in Hensburg zwei Substanten verhaftet worden, die des Mordes verdächtig sind und zum Tode gebracht werden sollen. Die Schwarzwaldbühnen „Der Grenz“ berichtet aus Grisebach:

Erzberger weilt seit 6 Wochen mit seiner Gattin und seinem Töchterchen in dem von katholischen Schweizern geleiteten Anstalt Grisebach. Er macht täglich vormittag Spaziergänge, auf denen ihn bald seine Frau, bald Fremde begleiten. Am Freitag vormittag gegen 10 Uhr unternahm er einen Spaziergang in Begleitung seines Parteifreundes Diez aus Radolfzell. Dieser war am Mittwoch zu einem Besuche Erzbergers in Grisebach eingetroffen. Die beiden Herren waren in angeregter politischer Unterhaltung begriffen und einige Kilometer von Grisebach entfernt, als sie von 2 gutgekleideten Männern überholt wurden, denen sie keine Beachtung schenkten. In einer Straßentree standen die beiden jungen Leute plötzlich wieder vor Erzberger und Diez. Ohne ein Wort zu sagen, feuerten beide aus nächster Nähe ihre Revolver auf die beiden Abgeordneten ab. Die beiden Wunden trafen die Höhe hinauf. Diez wurde kurz darauf von einer zur Kur in Grisebach weilenden Dame, die durch die Schüsse angeleitet worden war, nach Grisebach getrieben, wo ihm der Wundarzt den ersten Verband anlegte.

Inzwischen war die Bluttat im Orte und in der Tat bekannt geworden. Der Karlsruhe Generalstaatsanwalt eilte an den Tatort, wo außer zahlreichen Kurgästen auch eine Mannschaft der Landesjäger und Jagduntermannschaften sich einfanden. Bei dieser Gelegenheit konnte durch die Anzeigen verschiedener Personen eine genaue Beschreibung der Täter aufgenommen werden, zu deren Ergreifung umfangreiche Maßnahmen getroffen wurden. Die Leiche Erzbergers, die bis zum Eintreffen des Gerichtschemikers am Tatort liegen bleiben muß, wird nach Grisebach übergeführt und im Krankenhaus aufbewahrt. Diez wurde im Automobil nach dem Hensburg Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß die Verletzung nicht lebensgefährlich ist. Die Angel, die den tiefen Oberarm getroffen hat, sitzt unter dem Brustbein. Die Leiche Erzbergers lag am Abend noch am Tatort. Das Gesicht ist kaum entstell, nur der Hinterkopf weist erhebliche Wunden auf.

Im Amtsgericht D. O. B. B. fand gestern vormittag eine eingehende Beratung der in Frage kommenden gerichtlichen und polizeilichen Organe in Sachen des Mordanschlags auf Erzberger statt. Nachmittags wird die Leiche der Leiche des Ermordeten in Dippau vorgenommen. Nach den gerichtlichen Feststellungen wurde Erzberger erst durch einen Schuß in die Stirn getroffen. Die Täter glaubten, daß Diez, der bewußlos zusammenbrach, tödlich getroffen sei, da sie nur den schwerverletzten Abgeordneten Erzberger versorgten. Eine große Wutspur führte sie durch den Gang der Wohnung hinunter, wo sie ihr Opfer unter einer Kiste fanden. Dort gaben sie dem schwerverletzten offenbar noch zwei Schüsse. Die Ausschüßstellen weisen große Wunden mit herausgerissener Gehirnmasse auf. Die beiden Patronenhüllen lagen etwa anderthalb Meter voneinander entfernt. Die Leiche ist unbeschädigt geblieben. In Hensburg wurden zwei Substanten verhaftet, die Diez gegenübsgestellt wurden; sie haben jedoch mit der Tat nichts zu tun. — Diez ist in seine Heimat am Bodensee zurückgeführt.

## Münchener Regierungsecho.

Zum Tode Erzbergers schreibt die „Bayrische Staatszeitung“: Erzberger ist in erster Linie ein Mann, der dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges sowie an dem in seinen Folgen Deutschland zu verheerenden Versailles Vertrag und seiner Annahme. Obwohl als Schlichter seines Volkes seit langem entlarvt und von seiner Partei in den Hintergrund gestellt, hat Erzberger nie die Hoffnung und das Streben aufgegeben, im politischen Leben Deutschlands wieder eine führende Rolle zu spielen, vielleicht sogar die höchste Stelle einzunehmen. Gerade das war der Grund für seine Gegner, ihn unablässig aufs äußerste zu bekämpfen, und wohl auch der Anlaß zu der höchst bedauerlichen Mordtat. Ein politischer Mord ist unter allen Umständen zu verurteilen, und wohl die meisten und auch schärfsten Gegner Erzbergers werden diese Art von Unschicklichkeit aufs lebhafteste bedauern.

## 100 000 Mark Belohnung für die Ermittlung der Mörder.

Der Reichsminister Witz richtete namens der Reichsregierung folgendes Telegramm an das bayerische Staatsministerium:

„Die Reichsregierung setzt mit Rücksicht darauf, daß bei der Ermordung Erzbergers die Möglichkeit eines politischen Mordes gegeben ist, eine Belohnung von 100 000 Mark für die Ermittlung der Täter oder Anstifter aus. Für die Verteilung ist die bayerische Landespolizei zuständig.“

Der „Vorwärts“ erzählt, daß Verhandlungen im Gange sind, um einen einschlägigen Schritt aller Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen bei der Regierung zu erwirken, damit sie alle staatlichen Mittel anwende, um der rechtschönheits-

schon Sehe den Boden zu entziehen, woraus die politischen Mörder der jüngsten Zeit und auch die Ermordung Erzbergers entspringen seien. Einen ähnlichen gemeinsamen Schritt werden dem Blatte zufolge auch die beiden in der Straßburger Parteipublikation eine Rundgebung an, die in der nächsten Woche durch ganz Deutschland demantelliert werden soll. Laut L. M. hat die Parteileitung der deutschen Arbeiterpartei die Schriftleitung der Freiheit ein Strafverfahren anfangig gemacht wegen der Behauptung, daß in der Leitung der deutschen Arbeiterpartei die Anstifter des Mordes an Erzberger seien. Im Hauptausfluß des preussischen Landtages widmete heute die Begründung der Sitzung der Zentrumspartei die Rede zum Andenken des Ermordeten einige Worte und verurteilte scharf das Verbrechen. Der Ausschluß ergab sich zu Ehren des Ermordeten von den Seiten.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, treffen sich die Mitglieder des Bezirksvorstandes Berlin der S. P. D. am Sonntag im Bezirkssekretariat, um zu beratscheln die Ermordung Erzbergers geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen.

## Beileidsfundgebungen.

Ronald Hausmann richtete als Vorsitzender der Deutschen demokratischen Landtagsfraktion an den Justizminister Holz, den Vorsitzenden der Zentrumspartei Kautzhammer, ein Schreiben, worin er das kostbare Gedächtnis und die tiefste Empörung über den ruffähigen Mordmord auspricht, dem der würdevollen Abgeordnete Erzberger in jungen Jahren und inmitten einer außerordentlichen Laufbahn zum Opfer gefallen ist.

## Auslandstimmen.

Die Times schreibt im Leitartikel, es sei von besonderer Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten engere Beziehungen mit Deutschland im gegenwärtigen Augenblick angestreift hätten. Die Lage in Deutschland sei kritisch und die Ermordung Erzbergers sei ein Zeichen von höherer Bedeutung, dessen Folgen nicht mitzuerwarten werden könnten. Erzberger habe während des Krieges seine bewunderten Dienste geleistet, er sei aber auf jeden Fall für die Wiederherstellung Deutschlands durch lobliche Erfüllung des Versailles Vertrages eingetreten. Als solcher sei er Gegenstand heiligen Ehrer gehalten, die von diesen Anhängern geführt werde und die in der jetzigen Zeit einen drohenden Umfang und mit offener Unterstützung das enttornen Kaisers einen besonders herausfordernden Charakter angenommen habe. Die Verträge des Kabinetts Witz, die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen, hätten die reaktionären Elemente aufgebracht. Es drohten neue Zusammenstöße zwischen den extremistischen Elementen und neue innere Schwierigkeiten in Deutschland. Die Times meint, das neue Deutschland sei noch nicht fest etabliert, aber man müsse für Deutschland und den Frieden Europas hoffen, daß die jetzige deutsche Regierung, die sich alle Mühe gebe, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, in der Lage sein werde, mit allen notwendigen Elementen erfolgreich fertig zu werden. Es sei besonders günstig, daß in einem Augenblick wie jetzt die Vereinigten Staaten von neuem auf dem Felde der noch nicht beendeten Schlacht erschienen seien.

Die gemachte österreichische Presse steht unter dem Eindruck der Ermordung Erzbergers, die als ein ausgesprochen politisches Verbrechen betrachtet wird. Die Blätter verurteilen die Tat aufs schärfste und befürchten die ernstesten Folgen nicht nur für den inneren Frieden, sondern auch für die außenpolitische Lage Deutschlands. Die „Neue Presse“ meint: Es ist ein scharfer Dienst, den die spannerischen politischen Weltanschauungen erwiesen, denn die Folge kann nur die sein, daß die Verhältnisse auf allen Seiten aufs äußerste aufgewühlt werden und die Weltgeschichte des inneren Kampfes wieder mehr aufkommt. Die „Reichspost“ sagt: Mangelnde politische Morde hat das neue Deutschland schon erlebt, die Vermischung des Parteikampfes und die Hise der nationalistischen Verdrängung zu bekämpfen ist heute nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern ein nationales Erfordernis. Aus Deutschland darf kein Balkan gemacht werden. In der „Arbeiterzeitung“ heißt es: Erzberger spielte in den letzten Kriegsjahren eine sehr gegensätzliche Rolle. Aber nicht seine Fehler und Verfehlungen, sondern gerade das Bedeuernde und Anerkennungswürdige in seinem widerprüchlichen, reis gegen Wirtens bereite ihm den Untergang. Erschreckend macht sich die Bedenken, vor seinem Verbrechen und seiner Gewalttat stehende Tatist des deutschen Rechtsbolschewismus bemerkbar.

## Der deutsch-amerikanische Friedensschluß.

Die Times schreibt, der Friedensschluß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sei ein Ereignis von mehr als formeller Bedeutung. So mangelt es auch die Bestimmungen des Friedensvertrages zu sein, sondern, so Standpunkt einst großer Hoffnungen der Alliierten in ihrer jetzigen schwierigen Lage aus gesehen, sei dies doch das erste ernüchternde Anzeichen der Erneuerung des alten Interesses der Vereinigten Staaten an den Angelegenheiten des West Daily Chronicle schreibt: In einer Zeit, wo Frankreich die amerikanischen Verhandlungen, erleide es eine tiefe Enttäuschung über den Vertrag, den die Vereinigten Staaten mit Deutschland geschlossen hätten. Nach den in der französischen Presse erschienenen Kommentaren zu schließen, sei Frankreich nicht nur enttäuscht, sondern etwas ge-





